

Streit um AKW-Grenzwerte: Grüne erwägen Volksinitiative

Sicherheit Der Bundesrat legt fest, wie viel Radioaktivität bei einem Erdbeben austreten darf

VON PATRIK MÜLLER

Bei einem starken Erdbeben, wie es in der Schweiz statistisch alle 10 000 Jahre zu erwarten ist, wäre die Bevölkerung in der Nähe von Atomkraftwerken keinerlei Gefahren ausgesetzt. Zu diesem Schluss kommt die Atomaufsichtsbehörde des Bundes. Hans Wanner, der Direktor des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (Ensi), sagt: «Unter realistischen Annahmen wird keine einzige Person einer Strahlungsdosis von 100 Millisievert ausgesetzt. Es wären weder Tote noch Verletzte zu erwarten. Eine Evakuierung wäre nicht nötig.»

Ständeräte beraten morgen

Der Ensi-Bericht, den diese Zeitung am Freitag publik machte, heizt die Debatte über den angemessenen Dosisgrenzwert an: Wie viel Radioaktivität darf bei einem Störfall aus einem Kernkraftwerk austreten? Über diese Frage berät morgen die Umweltkommission (Urek) des Ständerats. Der Bundesrat will einen Dosisgrenzwert von 100 Millisievert festlegen. Diesen Grenzwert würden bei einem Störfall alle AKW erfüllen - auch das älteste in Beznau AG. Dort würden im Fall eines starken Erdbebens 32 Millisievert freigesetzt.

Der Grenzwert sei viel zu grosszügig, finden atomkritische Politiker. Sie plädieren für 1 Millisievert. Der Energiekonzern Axpo hält die geforderte Senkung für rein politisch motiviert: «Medizinisch und technisch ist dieser Wert nicht begründbar - wer 1 Millisievert fordert, will ganz einfach, dass die AKWs sofort abgeschal-



Zankapfel Beznau, das älteste AKW der Schweiz.

SANDRA ARDIZZONE

tet werden.» Somit wären die Befürworter eines schnellen Atomausstiegs doch noch am Ziel, obwohl vor zwei Jahren die Atomausstiegs-Initiative mit 54,2 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt wurde.

Nationalrat Bastien Girod (Grüne/ZH) sagt, seine Partei sei darauf vorbereitet, mit aller Kraft gegen einen Dosisgrenzwert von 100 Millisievert zu kämpfen. «Sollte die Verordnung in diesem Sinn geändert werden, dann braucht es eine Volksinitiative», sagt er. Girod stellt die Frage: «Soll ein technischer Sicherheitsgrenzwert, den nur das älteste Schweizer AKW nicht einhält, so gesenkt werden, dass Beznau noch länger weiterlaufen kann?» Girod glaubt seine Partei hinter sich; eine Resolution liege bereits vor. Eine Volksinitiative wäre laut Girod «die

«Eine Volksinitiative wäre die politisch einzig richtige Antwort auf die Aussagen von Ensi-Direktor Hans Wanner.»

Bastien Girod
Nationalrat (Grüne/ZH)



Online: Was die Aufsichtsbehörde zu Erdbeben sagt.

politisch einzig richtige Antwort» auf die Aussagen von Ensi-Direktor Hans Wanner.

Dass die ständerätliche Urek morgen über die Verordnung diskutiert, geht auf ein Postulat zurück, das nicht von einem Grünen, sondern vom Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller stammt. Er äussert sich kritisch: «Die Verunsicherung, die die Teilrevision der Kernenergieverordnung ausgelöst hat, geht weit über den Kreis der üblichen Verdächtigen hinaus, womit ich die Umweltverbände meine.» In der Vernehmlassung äusserte fast die Hälfte der Kantone Einwände.

«Weltweit strengste Vorschriften»

Die Kraftwerkbetreiberin Axpo verteidigt die bundesrätliche Absicht. Die Verordnung ändere bezüglich der erlaubten Dosis gar nichts: Der Grenzwert von 100 Millisievert sei heute schon Praxis und würde nun bloss noch auf Verordnungsebene verankert. «Die Schweiz hat technisch bezüglich Erdbeben, Dosislimiten und Abschaltkriterien die strengsten Vorschriften weltweit - und das bleibt so», schreibt die Axpo. Umweltverbände bestreiten, dass der Grenzwert von 100 Millisievert heute auf das AKW Beznau angewendet werden darf. Sie sind der Meinung, es gelte 1 Millisievert. Der Streit ist Gegenstand eines Gerichtsverfahrens.

Der Thurgauer SVP-Ständerat Roland Eberle ist Präsident der Umweltkommission und zugleich Axpo-Verwaltungsrat. Ihn stört die Politisierung der Grenzwert-Frage: «Wir müssen davon abkommen, alles ideologisch zu betrachten.» Er selbst werde sich als Kommissionspräsident am Dienstag erst einmal anhören, was die Fachleute zu sagen hätten.

Kontroverse Idee

Ein Halbkanton für die Stadt Bern?

Stadt und Kanton Bern verhalten sich bisweilen wie Katz und Maus. Das Verhältnis ist belastet, und der Stadt-Land-Graben scheint immer tiefer zu werden. Nun kommt das Thema eines Stadtkantons einmal mehr auf die politische Agenda. Die Genossen von der Stadtberner SP wollen am Montagabend darüber diskutieren und allenfalls weitere Schritte beschliessen. Als Grundlage dient ihnen die Studie von Juristen, welche die Vor- und Nachteile eines Halbkantons im Rahmen eines Nachdiplomstudiums untersuchten.

Ein Stadtkanton Bern hätte Anrecht auf drei garantierte Sitze. Das klingt verlockend, allerdings stellt die Stadt im Moment nicht weniger als 8 der 25 bernischen Nationalratsmitglieder.

Die Autoren der Studie kommen zum Schluss, dass die Idee letztlich wohl bloss ein Gedankenspiel ist. Auch ein Hauptstadtdistrikt nach Vorbild von Washington D. C. sei kaum realisierbar.

Denn Stadt und Kanton mögen sich wie Katz und Maus verhalten, aber sie brauchen einander auch. Schon der frühere Stapi Alexander Tschäppät mahnte, die Stadt sei auch vom Land abhängig, wenn es etwa um Ressourcen oder Bauland gehe.

Für den Politologen Claude Longchamp - auch er wird in der Studie zitiert - tut Bern gut daran, seinen Einfluss auf das Umland zu stärken. Die Stadt könnte, so andere Stimmen, ihre Position im Kanton durch den Zusammenschluss mit Vorortsgemeinden verbessern. Die Idee geistert als «Gross-Bern» durch die Polit-Landschaft.

Und sie findet durchaus Befürworter. Das Parlament der Nachbargemeinde Ostermundigen beschloss kürzlich, die Fühler Richtung Bern auszustrecken - mit dem Fernziel einer Fusion. (SDA)

INSERAT


**RENAULT
PRO+**

Renault Nutzfahrzeuge bringen Ihr Geschäft in Fahrt.

Jetzt mit attraktiven Lagerprämien.



+
Renault TRAFIC
Ab Fr. 16 100.-



+
Renault MASTER
Ab Fr. 17 500.-




+
Renault KANGOO Express
Ab Fr. 10 900.-



+
Renault ALASKAN
Ab Fr. 23 850.-

Exklusiv während der **PRO+ WOCHEN: Flottenrabatt bis 28%, Business-Prämie bis Fr. 2 000.-, Lagerprämie bis Fr. 1 500.-** und vieles mehr. Alle Infos unter www.pro-plus-wochen.ch

Angebote gültig nur für Geschäftskunden (Flotten ohne Rahmenvereinbarung oder Volumenabkommen) bei den an der Aktion beteiligten Renault Händlern bei Vertragsabschluss und Immatrikulation vom 01.10.2018 bis 30.11.2018. Die Lagerprämie gilt nur auf gekennzeichneten Fahrzeugen und ist kumulierbar mit der Business-Prämie und dem Flottenrabatt. Preisbeispiele: Trafic Kastenwagen L1H1 Access 2,7 t dCi 95, Katalogpreis Fr. 25 800.-, minus 26% Flottenrabatt Fr. 6 700.-, minus Business-Prämie Fr. 1 500.-, minus Lagerprämie Fr. 1 500.- = Fr. 16 100.-. Master Kastenwagen L1H1 2,8 t 2.3 dCi 110, Katalogpreis Fr. 29 150.-, minus 28% Flottenrabatt Fr. 8 150.-, minus Business-Prämie Fr. 2 000.-, minus Lagerprämie Fr. 1 500.- = Fr. 17 500.-. Kangoo Express Medium Access ENERGY TCe 115, Katalogpreis Fr. 18 650.-, minus 24% Flottenrabatt Fr. 4 450.-, minus Business-Prämie Fr. 1 000.-, minus Lagerprämie Fr. 1 000.- = Fr. 12 200.-. Alaskan Business ENERGY dCi 160 4x4, Katalogpreis Fr. 31 700.-, minus 17% Flottenrabatt Fr. 5 350.-, minus Business-Prämie Fr. 1 000.-, minus Lagerprämie Fr. 1 500.- = Fr. 23 850.-. Flottenrabatt, Business-Prämie und Lagerprämie sind nicht gültig für Kangoo Express Medium First. Kangoo Express Medium First ENERGY TCe 115, Katalogpreis Fr. 10 900.-. Alle Beträge exkl. MwSt.

Renault empfiehlt 

www.renault.ch